



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 16. April 1886.

Nr. 179.

Deutschland.

Berlin, 15. April. Das Abgeordnetenhaus hat sich heute, nachdem es den Nachtragsetat erledigt, bis zum 4. Mai vertagt.

Das Bulletin über das Befinden des Kronprinzen lautet heute:

„Se. k. und k. Hoheit der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen hat in der vergangenen Nacht gut geschlafen. Die Mäfern haben sich über den Körper regelmäßig verbreitet. Der Katarth ist sehr mäßig und die Fiebererscheinungen gering.“
Dr. Wegner.“

Der Pariser „Times“-Korrespondent theilt einige interessante Einzelheiten über die Abberufung des französischen Votschafers in Petersburg, des Generals Appert, mit. Es sei ein Theil des Freyinet'schen „Privatprogrammes“ gewesen, den General Appert durch den General Billoz zu ersetzen, und als die von Paris gegen Appert gerichteten Vorwürfe wegen mangelhafter Bericht-erstellung über die afghanische Frage ihren Zweck verfehlten, da die Nachricht über die Abberufung Apperts zu früh veröffentlicht wurde, so berief man denselben einige Monate später „wegen Krankheit“ zurück, ohne den General vorher zu fragen, ob er auch krank sei. General Appert begab sich zum Zaren, welcher sofort sagte: „Sie sind krank, scheint es, Herr Votschafte. Ich bedauere, das nicht gewußt zu haben, sonst würde ich das Interesse gezeigt haben, welches ich an Allem nehme, was Sie angeht.“ „Aber Sire,“ antwortete der General, „ich bin vollständig gesund. Nicht ich habe um meinen Abschied gebeten, sondern mein Nachfolger hat verlangt, hierher zu kommen.“ Der Kaiser zeigte sich verstimmt und sagte: „Das ist ein sonderbares Verfahren.“

Am nächsten Tage bemerkte die Kaiserin zu Madame Appert (welche ebenfalls eine Dänin ist): „Nicht Sie, sondern wir sind belächelt worden,“ und gleich darauf erging nach Paris die Mitteilung, daß der Zar sich weigert, den General Billoz als persona grata zu empfangen. Baron Mohrenheim, der russische Votschafte in Paris, ist seitdem zu ungewöhnlicher Zeit mit seiner Familie auf zwei Monate nach Nizza gezogen und die Geschäfte der Votschaft werden für lange Zeit von einem Geschäftsträger besorgt. Das Organ des russischen Auswärtigen Amtes, das „Journal de St. Petersbourg“, aber schreibt angesichts der bevorstehenden Abreise Apperts aus Petersburg, daß er es „während seines allzu kurzen Aufenthalts verstanden habe, die aufrichtigsten Sympathien der ganzen Gesellschaft zu erlangen und Anerkennung zu verschaffen der großen Offenheit,

Festigkeit und Loyalität seines Charakters, der Sicherheit und Liebenswürdigkeit im Verlehr.“ In Paris behauptet man dagegen, daß der General seine Informationen lediglich bei Hofe geholt habe.

Der jetzt in auswärtigen Blättern veröffentlichte französische Wortlaut des Stambuler Protokolls vom 5. April bestätigt, was darüber verlautet hatte, und stimmt fast wörtlich mit den Bestimmungen des früheren Abkommens überein, wie das türkische Rundschreiben vom 2. Februar dasselbe mitgetheilt hatte, natürlich mit der inzwischen vereinbarten Weglassung bekannter Stellen. Von einiger Bedeutung ist auch, daß es bei Bezugnahme auf den Berliner Frieden jetzt heißt: „Gemäß dem Artikel 17“, statt im allgemeinen und dehnbarer „auf Grundlage des Vertrags“. Daß die Verwahrungen des Fürsten Alexander bei der Annahme des Konferenzbeschlusses eine Verständigung zwischen ihm und dem Sultan nicht hindern werden, war vorhergesehen und ist schon durch die letzten Telegramme aus Konstantinopel bestätigt. Man darf denn auch annehmen, daß die Berufung der Nationalversammlung nach Sofia, welcher die Mitglieder der ostrumelischen Provinzialversammlung in irgend einer Form beiwohnen sollen, im mindestens stillschweigenden Einverständnis mit der Pforte erfolgt, jedenfalls wohl auf keinen Widerstand derselben stoßen wird, sobald sie sich überzeugt hat, daß es sich noch nicht um ein gemeinsames gesetzgebendes Parlament handelt, sondern um eine Mittheilung dessen, was der Fürst den Mächten und der Pforte gegenüber angenommen hat, an die zunächst Betroffenen. Auch Rußland kann gegen dieses Verfahren keine triftigen Einwendungen erheben. Die slavischen Organe, wie das Katsowfche, sind auf verstimmte und dadurch für ihre anfänglichen Hoffnungen bezeichnende Rückblicke angewiesen. Da jetzt auch der Belagerungszustand in Nord- und Südbulgarien aufgehoben ist, wird Herr Jankow nicht mehr in der „Times“ behaupten können, daß ohne solche Gewaltmaßregeln ganz Bulgarien für Rußland erklären werde. So gelangt dort alles in seinen geregelten Weg. Griechenland wird nun hoffentlich bald nachfolgen und zu der Abrüstung schreiten, auf welche das neue türkische Rundschreiben dringt. Die beiderseitigen Truppen an der Grenze sind sich so nahe gerückt, daß Zwischenfälle entstehen könnten, wenn auch der von Jarfos, wo türkische Soldaten griechisches Gebiet besetzt haben sollten, anscheinend keine weiteren Folgen hatte. Ein hierher gelangtes Privat Schreiben aus Arta im griechischen Epirus erzählt, daß vor

einiger Zeit türkische Truppen in ein von großentheils griechischen Familien bewohntes Dorf, auf türkischem Gebiet unweit der Grenze gelegen, eingerückt waren, die Bauern aus ihren Wohnungen in die Speicher getrieben, zu Zwangsarbeit genöthigt und ihre Familien schlimm behandelt hätten. Auf die Vorstellungen des griechischen Metropolitans und des griechischen Vize-Konsuls in Brevesa wären diese Truppen abgerufen worden. Aber bald darauf sei in dasselbe Dorf, Euros genannt, wieder ein anderes Regiment eingerückt und sei ähnlich verfahren. Der Bericht stammt aus guter Quelle, läßt sich allerdings in seinen Einzelheiten nicht leicht prüfen, ist aber eine Art Vorspiel in Kriegszeiten unvermeidlicher Dinge und zeigt auf's Neue, wie die griechische Regierung auf die Befestigung von Zuständen bedacht sein sollte, die ihr nur Schaden und nicht den geringsten Vortheil einbringen können.

Ausland.

Paris, 15. April. Der amerikanische Stanley-Klub gab gestern Abend im Hotel Continental Pasteur ein großes Bankett unter Vorsth des Gesandten Mac Lane, wobei der berühmte Gelehrte auf das Höchste gefeiert wurde. Pasteur erklärte seine Ueberzeugung, mit seiner Methode gegen die Tollwuth auf dem richtigen Wege zu sein, und seine Absicht, darin unbeirrt durch alle Angriffe fortzufahren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. April. Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten war eine sehr reichhaltige, doch bot ein großer Theil der Vorlagen kein weiteres Interesse und wurde den Vorschlägen des Magistrats gemäß erledigt. Wir gehen daher nur auf die Vorlagen von weitem Interesse hier näher ein. Die von uns erwähnte Petition des Herrn Direktor D. Reeg wird vor Eintritt in die Tagesordnung dem Magistrat zur Rückäußerung überwiesen.

Herr Dr. Dohrn macht ausführliche Mittheilung des obliegenden Erkenntnisses des Oberverwaltungs-Gerichtes in der Streitfrage der Versammlung wider den Magistrat wegen Aufhebung der Beanstandung des Beschlusses vom 22. Januar 1885 betreffend die Absendung einer Petition an den deutschen Reichstag gegen Erhöhung der Getreidezölle, und beantragt, nunmehr die Petition mit einem begründenden Anschreiben wegen der verspäteten Einreichung dem Reichstage einzuschicken. Gleichzeitig spricht der Referent dem

Mitglieder der Versammlung, Herrn Rechtsanwält Werner, welcher in freundlicher Weise in dieser Sache die Vertretung der Stadtverordneten übernommen hatte, Dank aus und auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Dr. Scharlau, glebt die Versammlung diesem Danke durch Erheben von den Pläßen besonderen Ausdruck. Herr Werner dankt für diese Kundgebung und bedauert, daß kein besserer Erfolg durch die Klage erzielt sei, denn durch das Erkenntnis des Ober-Verwaltungs-Gerichtes sei das unumschränkte Petitionsrecht in keiner Weise gewährleistet, im Gegentheil sei die Versammlung bei Erlass von Petitionen stets den Beschlüssen der Aufsichts-Behörde unterworfen.

Als im vorigen Jahre von Seiten der Stadt wegen der Vollerweiterungen an der Unterwiel Verhandlungen eingeleitet wurden, um verschiedene Grundstücke von der Unterwiel anzukaufen, scheiterten jedoch die Verhandlungen über die Grundstücke Nr. 1 und 3 in Folge des sehr hohen von den Besitzern geforderten Kaufpreises (zusammen 245,000 Mark), dagegen wurde das Grundstück Nr. 7 zum Preise von 175,000 Mark von der Stadt angekauft. Jetzt ist von Herrn Direktor Schulz als Vertreter des „Stettiner Lloyd“ der Vorschlag gemacht, eine Aenderung der Hasenanlage in der Weise vorzunehmen, daß das öffentliche Vollerwerk mit Nr. 6 aufhört und genehmigt werde, daß auf dem Grundstück Nr. 7 der „Stettiner Lloyd“ ein eigenes Vollerwerk für seinen Geschäftsbetrieb einrichten könne. Herr Direktor Schulz hat sich den Ankauf der Grundstücke Nr. 1 und 3 zu einem billigeren als dem früher von der Stadt geforderten Preise gesichert und proponirt nun der Stadt einen Tausch dahin, daß er die Grundstücke Nr. 1 und 3 mit einem Flächenraume von 3356 Qm. der Stadt gegen eine gleich große Fläche des Grundstücks Nr. 7 überlasse und den Rest des Grundstücks in einer Größe von 1687 Qm. für 38 Mark pro Qm. für den „Stettiner Lloyd“ ankaufe. Herr Direktor Schulz sucht zur Begründung dieses Vorschlages nachzuweisen, daß eine derartige Hasenanänderung sowohl im Interesse der Stadt, wie im Interesse der von ihm vertretenen Gesellschaft liege und auch der Magistrat hat sich der Ansicht nicht verschließen können, daß der Tausch der Stadt keinen Nachtheil, sondern selbst finanzielle Vortheile bringe und er schlägt vor, dem mit Herrn Schulz geschlossenen Vertrage zuzustimmen.

Die Finanzkommission beantragt, die Vorlage mit der Bedingung anzunehmen, daß Herr Schulz oder der nachfolgende Besitzer kontraktlich verpflichtet werde, daß an dem Vollerwerk des „Stet-

Feuilleton.

Gegen die Koiffüren.

Gegen die in letzter Zeit sich wieder recht exzentrisch gestaltenden Damen-Koiffüren richten sich in Pariser Zeitungen heftige Angriffe beherzter Journalisten. Die Herren haben jedenfalls ein gutes Maß von Selbstvertrauen, wenn sie glauben, in dem „Federkrieg“ gegen die Pariser Damen der triumphirende Theil zu bleiben. Henry Havard im „Steckel“ vermag die Siegeshoffnungen seiner Kollegen nicht zu theilen, die Presse ist in Paris zwar sehr mächtig, aber gegen — Damen-Moden kämpfen selbst Pariser Journalisten vergeblich. Sein Glück dort zu versuchen — meint Henry Havard — wo Ludwig XIV. vergeblich stritt, das ist mehr als Kühnheit; außerdem sollte unseren Kollegen das letzte Jahrhundert zum Beispiel dienen. Die Presse erschöpfte sich in Angriffen gegen die unsinnigen Haartrachten, und sie mußte sich doch zuletzt als geschlagen bekennen. Blättern wir die Zeitungen und Bücher, die zwischen 1770 und 1790 erschienen sind, nach, dann stoßen wir überall auf Angriffe, die sich mit ungemeiner Heftigkeit gegen die exzentrischen Formen der „poufs“ und Koiffüren richten. Diesen Schriften verdanken wir aber auch die Details dieser sonderbaren, aus Locken, Zöpfen, Bändern und Nadeln bestehenden Konstruktionen. Will man wissen, in welcher Weise unsere Vorgänger in der Journalistik von den übertriebenen Haartrachten sprachen? Man hat hierzu nur nöthig, irgend eine alte französische Zeitung aufzuschlagen.

Da heißt es z. B.: „Immer noch Federn und auftragender als jemals früher. Die Damen müssen in ihren Karossen auf den Ruten niederknien, nur um ihre Koiffüre nicht zu beschädigen. Die Gesichter sieht man auf diese Weise in der Mitte des Körpers, etwas Abscheulicheres läßt sich gar nicht denken. Wir geben zu, daß einer schönen jungen Frau von majestätischem Wuchs einige Federn im Haar recht gut stehen, wie viele Frauen machen die exzentrischen Koiffüren von Tag zu Tage aber geradezu lächerlich!“

An einer anderen Stelle lesen wir: „Die Koiffüren unserer Damen werden immer höher, die noch jetzt geltende Höhe wird wenige Monate als viel zu niedrig verworfen, selbst in der Bourgeoisie ahmt man diese Thorheiten des Hofes nach. Die Damen der Aristokratie tragen solche in Höhe von 2 bis 3 Fuß, und die Königin ist es, die in all den Exzentritäten mit gutem Beispiel vorgeht!“

Der Ton in diesen Angriffen wird mit der Zeit immer heftiger, und namentlich die Königin Marie Antoinette bildet das eigentliche Ziel derselben.

In der „Correspondence secrete“ von Versailles lesen wir unter dem Datum des 9. Januar 1775: „Die Königin hat für ihre Schlitzenfahrten eine Haartracht erlassen, welche in Verbindung mit den „quesaco“ (Federbüschel, die ihren Namen den Memoiren von Beaumarchais verdanken) die Koiffüre zu einer unglücklichen Höhe steigern. Einige dieser Haartrachten stellen komplette Landschaftsbilder, wie in mechanischen Puppentheatern, dar, hohe und niedrige Berge, blumenbedeckte Felder, silberne Walquellen, und nach englischem Geschmack angelegte Garten-De-

korationen. (!) Ein mächtiger Federbüsch hat das ganze Gevände von der Rückseite zusammen.“ Diese unglücklichen Federbüsche, welche die Königin jeden Tag erneuerte, erregte endlich den Unmuth des Königs. „Vorgestern überreichte Se. Majestät seiner hohen Gemahlin, wahrscheinlich um derselben aus zarte Weise anzudeuten, daß ihm die Koiffüren nicht gefielen, eine prächtige Brillantnadel, und sagte dabei: Ich bitte Sie, sich mit diesem einfachen Kopfputz zu begnügen, obgleich die Reize, mit welchen Sie die Natur geschmückt hat, selbst einen solchen entbehrlich machen. Dieses Geschenk muß Ihnen um so willkommener sein, als es mir keine Kosten verursacht hat, denn ich habe diese Brillanten als Dauphin getragen.“ „Von nun an“, heißt es in der „Correspondence secrete“, „werden sich unsere Hofdamen, an ihrer Spitze die Königin, wohl auf einfachere Koiffüren beschränken.“

Unter dem 19. August desselben Jahres weiß dieselbe „Correspondence secrete“ von einer interessanten Anekdote zu berichten: Die Königin hatte ihrer Mutter, der Kaiserin Maria Theresia, ein Porträt in der von ihrersonnenen Tracht übersandt, der Kopf war natürlich ringeum von Federn umwogen. Man will aber in Versailles wissen, daß die Kaiserin ihrer Tochter dies Porträt mit der Bemerkung zurückgeschickt habe, daß jedenfalls bei der Expedition desselben ein Irrthum entstanden sei; das Bild stelle nicht die Königin von Frankreich, sondern eine Komödiantin dar. Ihre Majestät hat diese mütterliche Bemerkung aber als viel zu streng und ungerecht angesehen, und es in Folge dessen nicht für nothwendig erachtet, eine Aenderung in ihrer Haartracht vorzunehmen, ja man will bemerkt haben, daß seitdem

die Höhe der königlichen Koiffüre noch beträchtlich angewachsen ist.“

Andererseits liest man, daß Carlin, der berühmte Hanswurst, aus er einst vor dem Hof in einer italienischen Komödie auftrat, „sich erlaubte, auf seinem Haupte statt des traditionellen Fuchsschwanzes eine Pfauenfeder von lächerlicher Länge zu tragen. Da es keine Thür gab, welche hoch genug war, um den Hanswurst passieren zu lassen, gab dies dem ingenüösen Komödianten Anlaß zu tausenderlei Karrikaturen und Scherzen.

Der indistrate Hofmann, dem wir diese Anekdote verdanken, fügt hinzu, daß Marie Antoinette, in dem Glauben, Carlin wolle ihre Koiffüren verspotten, denselben einsperren lassen wollte. Sie mußte jedoch hierauf verzichten, weil es sich herausstellte, daß der Schauspieler auf ausdrücklichen Befehl des Königs so gehandelt habe. Die meisten der theatralischen und journalistischen Satiren datiren aus den Jahren 1773 und 1775. Da finden wir z. B. nur an Bühnentiteln die folgenden: „le Triomphe du Ridicule, le Triomphe de la Coquetterie“, wo sich zwei Hofdamen während einer Wasserfahrt in den Booten in den zur gigantischen Höhe anstrebenden Haaren liegen und sich fürchterlich prügeln, le Combat du duc Montauciel et du Milord Sans-Facon pour la coiffure de Mm. des Soupires; la Conversation galante entre des personnes du grand goût étant aux Tuileries u. s. w.

Aber Flugschriften, satirische Komödien, Karikaturen, Boesfe und Pro a, und die Harlekinstreiche erwiesen sich als machtlos gegen die Damenmoden, und noch im Jahre 1776 konnte es geschehen, daß das Volk in den Straßen von Venua zusammenlief, wenn die Herzogin von Char-

linter Lloyd" nur das Laden und Köpfen von Waaren seines eigenen Geschäftsbetriebes erlaubt sei.

Herr Oberbürgermeister H a l e n bittet den letzteren Zusatzantrag nicht anzunehmen, da der Vertreter des „Stettiner Lloyd“ entschieden erklärt hat, die in diesem Antrag gestellte Verbindung nicht annehmen zu können und würde somit das ganze Projekt des „Stettiner Lloyd“ in Frage gestellt sein. Die genannte Gesellschaft beabsichtigt ihr Unternehmen ganz bedeutend zu erweitern und eine dauernde und regelmäßige Geschäftsverbindung zwischen Amerika und dem Stettiner Hafen herzustellen und erfordert dieses Projekt ein Vermögensobjekt von 5 1/2 Millionen Mark; daß es für Stettin von hoher Bedeutung sein würde, wenn ein derartiges Unternehmen zu Stande käme. Würde die Versammlung nun den Antrag der Finanzkommission annehmen, so sei die Ausführung des Projekts von vornherein unmöglich, da Herr Direktor Schulz ausdrücklich wiederholt erklärt habe, daß er nur dann eine Gesellschaft für seinen Plan gewinnen könne, wenn ihm ein eigenes Grundstück zur völligen freien Benützung zur Verfügung stehe.

Der Referent erklärt, daß die Finanzkommission ihren Antrag kaum für so wichtig hält, um denselben auch dann noch aufrecht zu halten, wenn dadurch das ganze Unternehmen in Frage gestellt würde. Redner sei jedoch nicht berechtigt, einen von der Finanzkommission gefaßten Beschluß eigenmächtig zurückzuziehen und müsse er es der Versammlung überlassen, darüber Beschluß zu fassen.

Herr D o m k e hält die Vorlage in mehreren Gesichtspunkten noch nicht genügend aufgeklärt, die Sache scheint doch für die Zukunft der städtischen Vollwerkanlage von einschneidender Bedeutung und erfordere eine genauere Prüfung. Redner beantragt daher die Vorlage dem Magistrat zur nochmaligen Erwägung zurückzugeben, ob nicht auch das Grundstück Nr. 2 für die Stadt schon jetzt gesichert werden könne, und ob sich nicht ein Weg finden lasse, daß für spätere Zeit der Stadt noch die Benützung des Vollwerks an dem Grundstück Nr. 7 möglich bleibe.

Herr Oberbürgermeister H a l e n wendet sich gegen den Domke'schen Antrag, ebenso Herr A r o n, letzterer bittet jedoch den Antrag der Finanzkommission anzunehmen, derselbe bezwecke nicht den Geschäftsverkehr des „Stettiner Lloyd“ zu beschränken, sondern nur zu verbüten, daß die Gesellschaft zur Konkurrenz der Stadt ein Vollwerks-Erhebungs-Geschäft betriebe.

Herr G r a s m a n n wendet sich sowohl gegen den Domke'schen Antrag, wie gegen den Antrag der Finanzkommission. Was Herr Domke zur Motivierung seines Antrages vorgebracht, sei nur ein Phantasiespiel, es handle sich z. B. nur um ein von Herrn Direktor Schulz vorgeschlagenes Tauschgeschäft, nicht um den Ankauf des Grundstücks Nr. 2. Die Versammlung brauche sich also wegen dieses Grundstücks noch nicht Schreckgespenstern hinzugeben. Der Antrag der Finanzkommission würde die Interessen des „Stettiner Lloyd“ schädigen und bei dessen Annahme sei das ganze Unternehmen in Frage gestellt. Es handle sich darum, ob man das Unternehmen unterhalten wolle, sei dies der Fall, so könne von einer Annahme des Antrages der Finanzkommission nicht die Rede sein. Redner bittet im Interesse der Stadt und der Gesellschaft die Vorlage des Magistrats ohne jeden Zusatzantrag anzunehmen.

Nachdem Herr H a l e r in sehr warmer Weise für die Vorlage und das Unternehmen des „Stettiner Lloyd“ eingetreten, wird ein Schlusssatz angenommen.

Herr D o m k e zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag der Finanzkommission wird abgelehnt, dagegen die Magistrats-Vorlage einstimmig angenommen.

Bei der Etatsberatung wurde beschlossen, in diesem Jahre auch die untere Schulzen- und die untere Breitestraße neu zu pflastern; einem gleichzeitig gefaßten Beschluß der Versammlung nachkommend, schlägt der Magistrat vor, bis auf Weiteres von der Neupflasterung Abstand zu nehmen, dafür die Kanalarbeitung dieser Straßenthelle sowie der Mönchenstraße eintreten zu lassen und dafür 32,350 Mark zu bewilligen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Mitteilung der Uebernahme der Krankenpflege im Krankenhaus durch Diakonissinen. Herr Dr. S a u e r b e r i n g, welcher hierüber referirt, hebt hervor, daß die seit dem 1. April d. J. in das Krankenhaus eingetretenen 9 Diakonissinen, welche aus dem Mutterhause zu Danzig hierher überwiesen sind, sämtlich im Krankenhaus wohnen und in jeder Beziehung dem Oberarzt verantwortlich sind. Redner spricht die Hoffnung aus, daß durch die neue Institution nicht nur die Krankenpflege im Allgemeinen gefördert, sondern auch das Geheiß und die Entwicklung des Krankenhauses gehoben werde und das Publikum mit erhöhtem Vertrauen bei vorkommenden Krankheitsfällen das städtische Krankenhaus in Anspruch nehme.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Herr Regierungsrath-Präsident dem Magistrat unter dem 31. März angezeigt, daß zu den sachlichen Kosten der Polizei nach einem Erkenntnis des Ober-Berwaltungsgerichts vom 26. November v. J. auch die Bekleidung und Bewaffnung der Schutzmannschaft gehöre und daher die Stadt verpflichtet sei, die Kosten hierfür zu erstatten. Der Magistrat ist zwar gegenwärtiger Ansicht und beabsichtigt, im Prozeßwege die Frage, ob die Stadt zur Erstattung dieser Kosten verpflichtet sei, entscheiden zu lassen, hierdurch wird jedoch die Verfügung des Herrn Regierungsrath-Präsidenten z. B. nicht außer Kraft gesetzt und schlägt der Magistrat daher vor, die Kosten einstweilen zu übernehmen bis der Streitfall wegen Rückerstattung der Kosten gerichtlich entschieden sei. Die Finanzkommission bittet, diese Vorlage zu genehmigen, doch dem Magistrat zur Erwägung anheimzugeben, ob es sich nicht durch Verhandlungen mit der Polizeidirektion ermöglichen lasse, statt der Naturallieferung eine jährliche Geldentschädigung für die Uniformstücke und Waffen festzusetzen; ferner wird der Magistrat ersucht, vor Anstrengung der Klage ein Rechtsgutachten über die Aussichten eines etwa anzustreitenden Prozesses vorzutragen.

Herr M e y e r als Referent macht in seinem Referat die Mittheilung, daß er gehört habe — ohne dafür bürgen zu wollen —, daß ein Gesetz in Ausarbeitung begriffen sei, nach welchem sämtliche sächliche Kosten der Polizei in den größeren Städten dem Staat aufzuerlegen.

Herr G r a s m a n n tritt für den Antrag der Finanzkommission ein und Herr W e r n e r geht näher auf einige Gründe des Erkenntnisses des Ober-Berwaltungsgerichts ein.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage mit den Anträgen der Finanzkommission angenommen. Vom Magistrat wird beantragt, für die Schüler der Bogenhagen-Knabenschule versuchsweise eine Badeeinrichtung einzuführen, wie solche bereits in Göttingen bestehe und mit Erfolg betrieben werde. Auch Herr Dr. S c h a r l a u, welcher von der Schulpdeputation zur Begutachtung aufgefordert wurde, sprach sich in günstiger Weise über eine solche Einrichtung aus. Die Kosten der Einrichtung nach Muster der Göttinger Anstalt sind nach einem Anschlag der Baudeputation auf 1800 Mark veranschlagt. Es soll, ohne einen Zwang auf die Schüler auszuüben, durch diese Bäder — Regen-Bäder — bei den Schülern der Hang zur Reinlichkeit gefördert werden und zwar soll jede Klasse im Verlauf von zwei Wochen je ein Mal zum Baden geführt werden. Die Aufsicht bei dem Baden soll bei den Knaben durch

den Schultener, bei den Mädchen durch dessen Frau geführt und nur bei vorkommenden Unregelmäßigkeiten die Lehrer geholt werden. Eine Störung des Schulunterrichts soll nach Auskunft aus Göttingen nicht durch die Einrichtung entstehen.

Die Finanzkommission empfiehlt Ablehnung der Vorlage, indem sie dem Beispiele der Berliner Stadtv.-Versammlung gefolgt ist, welche gleichfalls die Einführung von Badeeinrichtungen für die Berliner Schulen aus pädagogischen, wie gesundheitlichen Gründen mit großer Majorität abgelehnt hat. Weiter ist berücksichtigt, daß derartige Einrichtungen ein Produkt der sozialistischen Richtung seien und schon deshalb zur Vorsicht mahnen, weiter kam für die Finanzkommission auch der Kostenpunkt in Betracht, bewähre sich die Einrichtung in der einen Schule, so hätten die übrigen Schulen die Berechtigung; eine gleiche Einrichtung zu fordern und dies würde einen ganz erheblichen Kostenaufwand erfordern.

Herr K e t t n e r, welcher die Einrichtungen persönlich gesehen hat, schildert die Vortheile derselben und beantragt die Vorlage des Magistrats, da es sich nur um einen Versuch handele, anzunehmen.

Herr Dr. W o l f f hält es nicht für nöthig, bei Entscheidung über die Vorlage Gewicht auf das vom Referenten erwähnte sozialistische Prinzip zu legen, es kann sich nur darum handeln, ob die Einrichtung für die Schüler und deren Gesundheit vorteilhaft sei oder nicht. Es sprechen für die Badeeinrichtung so wesentliche Vortheile, daß Redner bittet, dem Antrage der Finanzkommission entgegen, einen Versuch zu machen und der Vorlage zuzustimmen.

Herr Schulrath Dr. K r o s t a macht darauf aufmerksam, daß es sich in keiner Weise um Ausführung eines sozialistischen Prinzips handle, sondern einfach um eine Frage der Gesundheitspflege.

Herr W e n d l a n d t hält die Sache noch nicht für spruchreif. Die Erfahrungen, die bisher mit solchen Badeeinrichtungen gemacht, seien noch nicht ausreichend genug, um schon jetzt für eine solche Sache Geld zu bewilligen.

Nach einem Schlußwort des Referenten — Herrn M a s c h e — wird die Vorlage des Magistrats abgelehnt.

Schließlich wollen wir noch bemerken, daß der Versammlung eine Einladung der Schulkommission zu der Prüfung der Fortbildungsschule zugeworfen ist, gleichzeitig waren im Kommissionssaal I. des Rathhauses die Zeichnungen und Arbeiten der Schüler dieser Schule ausgelegt, worunter sich einige sehr beachtungswerthe Leistungen befanden.

— L a n d g e r i c h t. Strafkammer I. — Sitzung vom 15. April. — Wegen Beleidigung hatte sich der frühere Kapitän Karl Friedrich Wilhelm L e m d e aus Köpitz zu verantworten. Durch ein Versehen hatte eines Tages Herr Pastor B. beim Verlassen des Schiffes in Köpitz ein ihm nicht gehöriges Paket Konkett in seinen Koffer gepackt und erst später bemerkte er diesen Irrthum und sorgte für schnelle Berichtigung. Diese geringfügige Sache hatte zur Folge, daß sich bald in Köpitz das Gerücht verbreitete, der Herr Pastor habe sich das Paket in rechtswidriger Absicht angeeignet. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß dies Gerücht in böswilliger Absicht verbreitet war, doch gelang es nicht sofort, den Urheber desselben zu ermitteln, dagegen wurde gegen L. als Verbreiter des Gerüchtes Anklage wegen Beleidigung erhoben, das Verfahren wurde jedoch eingestellt, da sich herausstellte, daß der Antrag zu spät gestellt und Verjährung eingetreten war. Tropdem machte Lemde im Sommer v. J. wiederum ähnliche Aeußerungen und nun stellte Herr Pastor B. rechtzeitig Strafantrag. In dem heutigen Termin bestritt der Angeklagte, daß er die ihm zur Last gelegten beleidigenden Aeußerungen gemacht habe, er wurde durch die Beweisaufnahme jedoch überführt und nahm der Gerichtshof auf Grund des § 186 des St.-G.-B. eine Verurteilung für erwiesen an, weil Lemde das Gerücht ohne nähere Prüfung verbreitet hat. Es wurde gegen den Angeklagten auf 1 Monat Gefängnis erkannt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevue-theater: Ensemble-Gastspiel der vereinigten Schauspiel-Mitglieder des Stadttheaters. „Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.“ Große Posse mit Gesang in 7 Acten.

Sonntag: „Der Troubadour.“ Oper in 4 Acten.
Montag: „Der Wildschütz.“ Kom. Oper in 3 Acten.

— Das Publikum hat dem Trauerspiel in 5 Acten „Amandra“ von dem Grafen Adoif Friedrich von Schad bei seiner ersten Aufführung im Schauspielhause in Berlin am Mittwoch, den 14. April, eine freundliche Aufnahme bereitet. Die Dichtung behandelt in lebhafter Steigerung und schwungvoller Sprache die tragische Geschichte des Spartanerfürsten Bauantass, der von seiner eigenen Mutter als Verräther des Vaterlandes dem Tode geweiht wurde. Ein heroisches Schattenspiel, nicht ohne eine gewisse Erhabenheit, dem aber jede Lebenswahrheit und Wirklichkeit im modernen Sinne abgeht.

Aus den Provinzen.

Hirschberg, 13. April. Gestern Abend wollten die Sozialdemokraten des Hirschberger Thales,

die ihren Hauptstich in dem an unsere Stadt angrenzenden Runnersdorf haben, eine allgemeine Volksversammlung im dortigen Gasthause zum „Deutschen Kaiser“ abhalten. Da aber als Hauptredner in derselben der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kammergerichts-Referendar a. D. Bieder auftraten wollte, erließ der Amtsvorsteher auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes ein Verbot dieser Versammlung. Bieder hatte als Thema angegeben: „Das Dynamitgesetz vor dem deutschen Reichstage“. Der Plan dieser Versammlung scheint schon längere Zeit vorbereitet gewesen zu sein, denn man bemerkte in den letzten Tagen hier auswärtige Sozialdemokraten und unter ihnen den Klempner A., der als ihr Hauptagitator bekannt ist. Die Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren auch in unserer Gegend, besonders in dem großen Runnersdorf, bedeutend gewachsen.

Bermischte Nachrichten.

— Das Breslauer Schwurgericht verurtheilte vorgestern den durch seine Anpreisungen von Geheimmitteln allgemein bekannten Dr. philadelphiae Theobald W e r n e r wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit zu einem Jahre Gefängnis und Ehrverlust und sprach die sofortige Verhaftung aus.

— (Erwerbung in Grönland.) Sobald die dänischen Missionäre sich in dem Vertrauen der Grönländer festgesetzt hatten, machten sie die Eheschließung, die vordem eine Art Gewaltthat der Männer war, zu einer religiösen Zeremonie. Nach der Beschreibung, die ein Missionär in seinem Tagebuch giebt, geht es jetzt bei der Werbung folgendermaßen zu: Der Freier kommt zum Missionär: „Ich möchte gern ein Weib nehmen.“ — „Wen?“ fragt der Missionär. Der Mann nennt den Namen seiner Auserwählten. „Hast Du schon mit ihr gesprochen?“ Bisweilen wird der Mann antworten: „Ja, sie ist nicht abgeneigt, aber Du weißt ja, wie die Weiber sind!“ Häufiger ist die Antwort: „Nein!“ — „Warum nicht?“ — „Es ist schwer. Die Mädchen sind so spröde. Sprich Du mit ihr.“ Der Missionär läßt das Mädchen zu sich kommen und nachdem er sich ein Weibchen mit ihr unterhalten hat, sagt er: „Ich denke, es ist Zeit, daß Du heirathest.“ — „Ich will nicht heirathen.“ — „Das ist schade! Ich wüßte einen Mann für Dich!“ — „Wen?“ Der Missionär nennt seinen Schützling. „Den mag ich nicht, er taugt nichts.“ — „Aber er schafft tüchtig,“ betont der Missionär. „Er wirft seine Harpune geschickt und er hat Dich lieb.“ Das Mädchen hört dies Lob mit sichtlichem Wohlgefallen, dennoch entgegnet sie: „Ich will ihn nicht!“ — „Gut, ich werde Dich nicht zwingen. Ich finde schon eine Andere, die solchen tüchtigen Burken nimmt.“ Hierauf bricht der Missionär das Gespräch ab, als sehe er die Sache durch ihr „Nein“ als abgethan an. Endlich flüstert sie seufzend: „Wenn Du es denn durchaus so willst.“ — „Nein, nein,“ erwidert der Geistliche; „ganz wie es Dir beliebt, ich will Dir nicht zureden.“ — Noch ein tiefer Seufzer, dann spricht sie: „Gut ich will ihn nehmen!“

— (Stechbrief.) Der mutmaßliche Thäter hat bei Verübung des Diebstahls einen grauen Filzhut getragen. Sollte er denselben nicht mehr tragen, so würde ihn dies nur um so verdächtiger erscheinen lassen.

— (Schredlich.) „Was weinst Du denn, mein Kind?“ — „Ich habe Mitternachts noch um eine Butterknote gebeten. Die aber sagt, ich hätte genug. Nun muß ich den Kaffee trocken trinken.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 15. April. Der Direktor der hiesigen Reichsbank Hauptstelle, Scheyer, ist heute Morgen gestorben.

Karlsruhe, 15. April. Der Großherzog hat den Landtag heute mit einer Thronrede geschlossen, in welcher derselbe den Abgeordneten für ihr erspriessliches Zusammenwirken dankt und ferner sein tiefes Bedauern ausdrückt über das Hinscheiden des Erzbischofs Orbin; es sei zu hoffen, daß der erbischofliche Stuhl durch eine Persönlichkeit besetzt werden würde, welche das Werk des friedlichen Ausgleichs und der gemeinsamen Arbeit weiterführen werde. Nach einer Aufzählung der von dem Landtage zu Ende geführten Arbeiten beist es sodann: „Die besten Wünsche begleiten Sie bei Ihrer Rückkehr in die Heimath; seien Sie auch dort die Träger des in unserer öffentlichen Leben längst bewährten Gelfes echter Vaterlandsliebe, gerechter Freisinnigkeit und treuer Hingebung für die so nöthige Erhaltung und Befestigung der Ordnung in Staat und Kirche.“ Zum Schluß spricht der Großherzog seine dankbare Anerkennung aus für die Theilnahme des Landes bei der Erkrankung des Erbgroßherzogs und giebt der Hoffnung auf eine baldige Wendung zu anhaltender Besserung Ausdruck.

London, 15. April. Die gestrige Kundgebung in Her Majesty's Theatre wird von fast sämtlichen Morgenblättern als ausbrüchliche und bedeutungsvolle Warnung an Gladstone betrachtet, mit der Homerule-Vorlage nicht weiter vorzugehen. Die „Times“ fordert die Nation auf, dem gestrigen Proteste durch weitere ähnliche Kundgebungen Nachdruck zu geben.

Rom, 15. April. In Brindisi sind gestern 64 Fälle sporadischer Cholera vorgekommen. Die früher festgestellten Fälle betragen im Ganzen 64, darunter 10 Todesfälle.

tres mit ihrer Hof-Koiffüre vorbeipassirte. Im Jahre 1778 verbot Mr. Devisme, Direktor der Oper, den mit zu hohen Koiffüren versehenen Damen den Zutritt zum Amphitheater (unferem Parquet), und im Jahre 1785 finden wir im „Journal des Modes“ eine Annonce, worin Mlle. Fredin, etablirt in der Rue de la Ferroniere, ihre Hüte à l'amiral, ein Kriegeschiff mit allem Zubehör, Tafelge und Batterien vorstellend, anpries. Zu gleicher Zeit empfahl Mlle. Quentin, Rue de Clery, Hüte, welche nach dem Vorbilde von militärischen Trophäen, mit Wimpeln, Banner, Fahnen, auch Kesselpfeifen, gefertigt sind, zur geneigten Berücksichtigung der geehrten Damenwelt.

So war denn der ganze Feldzug der Presse und des Theaters klaglich gescheitert, es war eben ein Schlag ins Wasser gewesen. Leonard, der große, der unvergleichliche Leonard, welcher, nachdem er der Koiffürer von Madame du Barry gewesen war, von Marie Antoinette zu ihrem Hof-Koiffürer ernannt wurde, blieb Herr der Situation. Mlle. Berlin, die begünstigte Modistin der Königin, welche Prinzessinnen und Herzoginnen auf ihrer Chaiselongue ruhend zu empfangen gewohnt war und die später mit „Passions“ von 6 Millionen Francs bankrott machte, beherrschte ebenfalls damals noch das Reich der Mode. Nur Beauclart, der große, der originelle Beauclart, hatte einen Moment des Zweifels und der Unsicherheit, und er ließ sich zu einer Konzeßion herbei, die einer masfirten Kapitulation gleich. Aber selbst wenn Männer wie der illustre Modist Beauclart kapituliren müßten, verläßt sie nicht in solcher kritischen Situation ihr Genre. Beauclart schuf damals die sogenannten „Bonnets à la bonne ma-

man“, und diese Erfindung erregte allgemeines Aufsehen. Ein damaliger Schriftsteller sagt darüber: Man setzt voraus, daß die Großmütter die Mode der ungeheuren, gewaltig in die Höhe strebenden Koiffüren mit schelen Blicken betrachten. Die „Bonnets à la bonne maman“ kann man nun mittels einer verstedt angebrachten Feder hoch und niedrig schrauben; sie sind, wenn man in Familie ist, bequemer und von geringerem Umfang; wenn man aber den „schmollenden Großmüttern“ den Rücken gelehrt hat, genügt ein Druck auf die Feder, um der Koiffüre jene Form zu geben, welche die Mode und der „gute Ton“ erbheischen. Warum — fragt Henry Havard — läßt eine talentvolle Modistin unserer Tage diese Mode nicht wieder auferstehen? Warum versuchen die berühmten Puzmacherinnen von Paris, Mme. Birot, Mme. Pariset, Mme. Valerie, nicht, jene mechanischen Hüte nachzumachen, die, im Theater zusammenschrumpfend, tropdem auf der Straße ihren monumentalen Glanz entfalten könnten? Auf diese Weise hätten wir Journalisten wenigstens einen halben Sieg zu verzeichnen, mit welchem wir uns lugerweise begnügen würden. Damit wäre eine glückliche Lösung des Problems gefunden; die Zuschauer im Theater würden ausbleiben, sich zu beklagen, und auf der Straße könnten die Unzufriedenen die Augen zumachen oder den Kopf abwenden. Mehr zu hoffen, hieße seine Zeit verlieren, denn ich fürchte nicht, es zu wiederholen, die Mode, selbst wenn sie uns lächerlich erscheint, entsteht stets aus so mächtigen sozialen Ursachen, daß simple Journalisten unfähig sind, ihrem Laufe Halt zu gebieten, oder die Geseße, welche sie dikirt, umzustossen.